

Die Kreismitgliederversammlung der Kölner GRÜNEN möge beschließen:

1 **Lebenswertes und bezahlbares Wohnen in Köln**

2 **Grüne Lösungsansätze für die Stadt der Zukunft**

3 **1. Einleitung**

4 Wir GRÜNE sehen nicht nur einen Klimanotstand, sondern in Köln auch einen Wohnungsnotstand. Viele Menschen
5 leiden unter exzessiven Mieten und werden deshalb aus unserer Stadt oder ihren Quartieren verdrängt. Das ist vor allem
6 Resultat einer neoliberalen Politik, die glaubte, den Wohnungsmarkt dem freien Spiel der Wirtschaft überlassen zu
7 können. Auch einer von wirtschaftlichen Interessen gesteuerten Gentrifizierung wollen wir entgegenwirken. Niemand
8 sollte mehr als ein Drittel seiner Einkünfte für die ~~Kosten der Unterkunft~~ aufwenden und erst recht niemand ohne einen
9 festen Wohnsitz leben müssen. Deshalb fordern wir ein Grundrecht auf bezahlbares Wohnen für Alle!

10 Dabei haben wir auf ganz Deutschland bezogen im Grunde genommen keinen Mangel an Wohnraum, sondern eine
11 unpassende Verteilung. Während ~~manche überdimensionierte Wohnungen haben, müssen andere auf engstem Raum~~
12 ~~zusammenleben. Und während~~ wir in strukturschwachen Regionen eine Entvölkerung erleben, müssen Metropolen wie
13 Köln die Herausforderung von kontinuierlichem Zuzug meistern. Eines der wichtigsten Ziele muss deshalb eine
14 Angleichung der Lebensverhältnisse in unserem Land sein sowie zwischen Großstädten und ländlichem Raum.

15 Unser Ziel ist zugleich eine neue Wohnkultur, die auf Lebensqualität statt Größe, auf Gemeinschaftsgefühl statt
16 Vereinzelung und auf Innovation statt Tradition setzt. Wenn ein Cambio-Wagen Ersatz für zehn Autos in Privatbesitz sein
17 kann, dann müssen wir dem Grundgedanken der Sharing Economy natürlich auch auf dem Wohnungsmarkt zum Erfolg
18 verhelfen.

19 Wohnungspolitische Diskussionen kranken oft an einem Mangel an Differenzierung. Was für Köln richtig ist, muss
20 schließlich nicht für Duisburg, Erfurt oder Grevenbroich passen. Es gibt kein universelles Patentrezept, sondern einen
21 Koffer voll möglicher Werkzeuge, die sich gegenseitig beeinflussen und nicht immer die gewünschte Wirkung haben. Wir
22 GRÜNE wollen uns bei der Lösung des Problems von Fakten leiten lassen und in keinen Wettbewerb um die populärste
23 Forderung eintreten. Die gravierenden Änderungen des Landesentwicklungsplan NRW durch die schwarz-gelbe
24 Regierung können mehr Schaden anrichten als nützen.

25 Eine Bauförderung mit der Gießkanne ist nicht die Lösung. Ja, wir müssen mehr bauen, aber wir müssen
26 gemeinwohlorientiert, sozial, ökologisch und klimagerecht bauen. Statt immer mehr Flächen zu versiegeln, sollten wir vor
27 allem Bauland effektiver nutzen und die Zweckentfremdung von Wohnraum unterbinden. Eine Bebauung von Grün- und
28 Naherholungsflächen in Köln lehnen wir strikt ab! Denn was nützt bezahlbarer Wohnraum in einer nicht mehr
29 lebenswerten Stadt?

30 Für eine erfolgreiche Wohnungspolitik müssen wir strategisch und mit allen relevanten Akteuren gemeinsam planen. Wir
31 sehen Architekt*innen, Bauunternehmen und Vermieter*innen nicht als Gegner, sondern Partner bei der notwendigen
32 integrierten Quartiers- und Sozialraumplanung, deren Sichtweisen wir ernst nehmen und deren Erfahrung wir nutzen
33 wollen.

34 Wir GRÜNE wollen die Partei des "Yes, we can" und kreativer Lösungsansätze sein und nicht des Status quo und der
35 Besitzstandswahrung. Ein lebenswertes Köln muss ausreichenden bezahlbaren und lebenswerten Wohnraum nicht nur
36 für hier Lebende, sondern auch z.B. für die tausenden jedes Jahr neu zu uns kommenden Studierenden bieten. Dazu
37 brauchen wir einen auf allen Ebenen aktiveren Staat, mehr finanzielle Mittel, konsequentes und schnelles
38 Verwaltungshandeln, neue innovative Wohnformen und eine Besinnung auf unser Gemeinschaftsgefühl.

39 **2. Strategisch planen**

40 Erfolgreiche Wohnungspolitik erfordert mehr staatliche und städtische Ressourcen sowie integrierte Konzepte, die neben
41 Wohnraum auch kurze Wege zum Arbeitsplatz, zu Schulen, Kitas und Einkaufsmöglichkeiten, zu ärztlicher Versorgung
42 sowie Begegnungsräumen einplanen. Wir brauchen eine zeitgleiche ÖPNV-Anbindung bzw. Kapazitätserhöhung und
43 nachhaltige Lösungsansätze zusammen mit den Kölner Umlandgemeinden, um diese deutlich besser infrastrukturell zu
44 vernetzen.

45 Unser Ziel ist, für sozialen Frieden in unserer Stadt zu sorgen und den Anteil "städtischer" Wohnungen zu erhöhen. Um
46 Spekulation einzudämmen, wollen wir das Vorkaufsrecht der Stadt ausweiten und kompromisslos durchsetzen, wenn
47 private Käufer*innen den Erhalt des Mietniveaus nicht vertraglich zusichern. Auch eine Vergesellschaftung mit
48 Entschädigung entsprechend der Grundgesetzlichen Regelungen kann ein wirksames Instrument sein. Durch die

49 Verpachtung im Rahmen von zeitlich befristeten Erbbaurechten kann neuer Wohnraum geschaffen werden, ohne dass
50 die Stadt ihr Eigentum an städtischen Grundstücken verliert.

51 Um den sozialen Wohnungsbau in Köln schneller, effektiver und rechtssicher zu gestalten, halten wir es für notwendig
52 und sinnvoll, mindestens eine neue, nicht profitorientierte städtische Wohnungsbaugesellschaft zu gründen, die auf
53 kleinteiligere und schnell umzusetzende Architektur setzt.

54 **3. Mietpreise stabilisieren**

55 Wir benötigen mehr niedrigpreisigen und preisgedämpften Wohnraum in Köln. Vorrangiges Ziel ist deshalb, ab der
56 kommenden Wahlperiode jährlich mehr sozialgebundene Wohnungen zu bauen als aus der Sozialbindung herausfallen.
57 Dafür streben wir eine Weiterentwicklung des "Kooperativen Baulandmodells" an, mit 40% sozialgebundenem und 30%
58 preisgedämpftem Wohnraum sowie einer Sozialbindung über die derzeitige gesetzliche Mindestdauer hinaus. Darüber
59 hinaus fordern wir auf Bundesebene die Einführung einer neuen Wohngemeinnützigkeit, die eine unbefristete
60 Sozialbindung ermöglicht.

61 Wir brauchen überall verbindliche und rechtssichere Mietspiegel, die die vergangenen 10 Jahre und auch
62 Bestandsmieten berücksichtigen, um ein reales Bild der Mieten im jeweiligen Stadtteil abzubilden. Auch eine
63 funktionierende, auf Dauer angelegte Mietpreislöscher ohne Schlupflöcher halten wir für dringend notwendig, um das
64 Mietniveau zu stabilisieren. Insbesondere den Mietwucher bei möblierter Vermietung wollen wir eindämmen. Wir wollen
65 Großstädte in die Lage versetzen, darüber hinaus effektive lokale Mietdeckel für Neubauten zu beschließen und
66 Preiserhöhungen über der Inflationsrate in bestehenden Verträgen zu unterbinden. In diesem Zusammenhang wollen wir
67 auch prüfen, inwiefern das Schweizer Modell einer allgemein verbindlichen "Kostenmiete" auf Deutschland übertragbar
68 ist. Dann würde die Miethöhe bei Neubauten nachvollziehbar aus den realen Finanzierungskosten zuzüglich eines
69 moderaten, z.B. am Zinsniveau oder der Lohnentwicklung orientierten Renditeaufschlages ermittelt und festgelegt.

70 Im Kampf gegen Luxussanierung und Spekulation stehen wir an der Seite der Mieter*innen. Dafür werden wir in Köln das
71 Instrument der sozialen Erhaltungssatzung (Milieuschutz) häufiger und frühzeitiger anwenden. Bei
72 Wohnungsmodernisierungen wollen wir darüber hinaus das Mitbestimmungsrecht der Mieter*innen stärken und die
73 Umlagemöglichkeit der Sanierungskosten verringern sowie zeitlich strecken, um unangemessene Härten zu vermeiden.
74 Außerdem darf es im Rahmen eines Wohnungstauschs - bei gewahrter Bonität - keine Mietpreiserhöhung geben.

75 Zudem muss das Wohngeld so erhöht werden, dass ein Abrutschen in den ~~ALG II-Bezug~~ vermieden wird.

76 **4. Lebenswert wohnen**

77 Wir Kölner*innen brauchen Freiräume für lebendige (Sub-)Kultur statt steriler Quartiere aus Glas und Stahl. Räume für
78 alternative Clubs und Initiativen wie z.B. das Autonome Zentrum müssen daher erhalten bleiben und gefördert werden.

79 Grünflächen bedeuten Lebensqualität und Räume für Mensch und Tier. Wir fordern daher, neue Grünflächen in Köln zu
80 schaffen und bestehende zu erhalten. Förderkonzepte der Stadt Köln wie „Grün hoch 3“ sind ein guter Anfang zur
81 Stadtbegrünung, müssen aber stärker öffentlich beworben und ausgebaut werden; zudem muss die Stadt Köln aktiv
82 Raum für innovative Konzepte wie Urban Gardening und Urban Farming schaffen, damit diese ein fester Bestandteil
83 jedes Veedels werden.

84 Extreme Hitzesommer werden die Regel, daher müssen Betonwüsten durch mehr Wasserflächen, pflegeleichte Dach-,
85 Fassaden- und Flächenbegrünung aufgebrochen werden. Die daraus resultierende Beschattung und Verdunstungskühle
86 machen das Leben in der Stadt erträglicher. Folglich ist auch juristisch dagegen vorzugehen, wenn Flächen, die laut
87 Baugenehmigung als Grünflächen ausgewiesen sind, durch Pflasterung oder Schotter verschlossen werden.

88 Bestehende Freiluftschneisen müssen gewahrt und neue geschaffen werden; die Verwendung wärmeabstrahlender
89 Baumaterialien ist eine weitere notwendige Maßnahme, um Hitzesommer für Kölner erträglicher zu machen. Die
90 begonnene Installation von Trinkwasserbrunnen in Köln wollen wir flächendeckend fortsetzen.

91 Zum lebenswerten Wohnen gehört in heutigen Zeiten auch digitale Infrastruktur. Wir fordern eine flächendeckende
92 Versorgung mit schnellem Internet in ganz Köln!

93 **5. Flächen besser nutzen**

94 Unser Ziel ist es, unnötige Flächenversiegelung zu vermeiden. Deshalb setzen wir vorrangig auf Nachverdichtung (z.B.
95 Baulückenschließung/Dachgeschossausbau) sowie Wohnungsbau auf bereits versiegelten Flächen wie Bahnbögen und
96 ehemaligen Industriegeländen. Für die Aufstockung existierender Wohnhäuser haben wir auf Bundesebene bereits ein
97 Förderprogramm vorgeschlagen. Wir wollen ungenutzten Wohnraum effektiver nutzen, indem wir Anreize für

98 Untervermietung an Wohnungssuchende schaffen. Das Überbauen von Parkplätzen, Straßen, Gleisen oder auch
99 freistehenden Autohäusern und Supermärkten bietet weitere Potenziale, die wir in Köln dringend nutzen sollten.

100 Ob Tiny Houses oder kleinere Wohneinheiten, in einer wachsenden Großstadt wie Köln ist "Downsizing" das Gebot der
101 Stunde. Deshalb wollen wir innovative Wohnformen wie Rentner*innen-WGs sowie gemeinschaftliche
102 Nutzungskonzepte fördern. Dazu müssen Wohnkomplexe auch baulich flexibler angelegt werden, um flächeneffektive
103 Nutzungsänderungen zu ermöglichen.

104 Wir wollen existierende Höhenbegrenzungen auf den Prüfstand stellen und brauchen dafür eine nach Stadtteilen
105 differenzierte Mindesttraufhöhe für Neubauten! Bei Bebauungsplänen in Köln werden wir auf absehbare Zeit dem Bau
106 neuer Einfamilien-(Reihen-)Häuser aufgrund ineffizienter Flächennutzung nicht mehr zustimmen. Unter strengen
107 ökologischen Auflagen und nach sorgfältiger Prüfung der klimatischen Auswirkungen, wollen wir dem Bau neuer
108 Hochhäuser dagegen nicht grundsätzlich im Wege stehen. Hierbei gilt es, die Fehler der Vergangenheit zu vermeiden
109 und sozialverträgliche Konzepte mit Mischnutzung zu entwickeln.

110 **6. Flächen umverteilen**

111 Der begrenzte Platz innerhalb der Stadt muss vorrangig für Wohnraum genutzt werden, auch wenn uns die Schaffung
112 wohnortnaher Jobs wichtig ist. Der Flächenbedarf für Parkplätze und den motorisierten Individualverkehr gehört
113 dringend auf den Prüfstand. So ist z.B. die Stellplatzordnung großzügiger zu Gunsten von mehr Wohnraum anzuwenden,
114 damit die Schaffung von mehr Wohnungen oder Wohneinheiten nicht am Mangel an Parkplätzen scheitert. Der
115 Wohnungsbau sollte gegenüber industrieller Flächennutzung durch einen differenzierten Hebesatz für die Grundsteuer
116 bevorzugt und dadurch gefördert werden.

117 Wir wollen konsequenter gegen gewerbliche Zweckentfremdung von Wohnraum vorgehen und die Verwaltung in die
118 Lage versetzen, Verstöße mit ausreichend Personal effizient zu verfolgen und auch rückwirkend zu ahnden. Dabei ist der
119 durch die Wohnraumschutzsatzung mögliche Strafrahmen konsequent anzuwenden. Dies gilt insbesondere für die
120 dauerhafte Zweckentfremdung als Ferienwohnung z.B. über Airbnb. Daher wollen wir auf die Landesregierung einwirken,
121 die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Registrierungspflicht und deutlich höhere Strafzahlungen in
122 Wohnraumschutzsatzungen zu schaffen.

123 Um den knappen Wohnraum optimal zu nutzen, muss die Stadt sich stärker bemühen, Wohnraumtausch zu fördern und
124 attraktiver zu machen, so dass z.B. wachsende Familien ihre zu eng werdenden Wohnungen mit älteren Personen, die
125 mittlerweile allein in größeren Wohneinheiten leben, tauschen können. Zudem sollen vorhandene sozialgebundene
126 Wohnungen von den Menschen genutzt werden, die wirklich darauf angewiesen sind. Deshalb fordern wir die
127 Wiedereinführung einer möglichst unbürokratischen Fehlbelegungsabgabe.

128 **7. Gemeinwohlorientiert bauen**

129 Wir setzen uns für eine Wohnungsbaupolitik ein, die das Gemeinwohl an erster Stelle sieht und nicht die Größe des
130 Geldbeutels! Wir wollen daher die Orientierung am Gemeinwohl zum unverhandelbaren Vergabekriterium für neues
131 Bauland machen. Darüber hinaus wollen wir Wohnungsgenossenschaften und andere gemeinwohlorientierte
132 Wohnungsunternehmen steuerlich fördern, wenn diese sich zur Einhaltung sozialer Mindestkriterien verpflichten. So soll
133 dafür gesorgt werden, dass langfristig 50% der Neubauten durch die Stadt, Genossenschaften oder andere
134 gemeinwohlorientierte Gesellschaften geschaffen werden.

135 Bei Neubauten unterstützen wir gemeinschaftliche, gemischte und integrative Wohnformen (z.B.
136 Mehrgenerationenhäuser und Wohngruppen) weiterhin durch die bevorzugte Vergabe von Grundstücken, Beratung und
137 Fördermitteln! Dafür wollen wir Experimentierräume schaffen. Zudem ist bei Neu- und Umbauten stets auf
138 Barrierefreiheit und Altersgerechtigkeit der Wohnungen zu achten.

139 Gemeinwohlorientiertes Bauen heißt auch nachhaltiges Bauen: weg vom Betongold hin zu klimaschonenden Bauweisen
140 und erneuerbaren Ressourcen! Mit dem Einsatz alternativer Baustoffe und Bauteile (z.B. Holz, Lehm, etc) können wir die
141 CO₂-Belastung deutlich senken. So wird auch der Lebenszyklus eines Gebäudes verlängert und sichergestellt, dass im
142 Falle eines Rückbaus die verwendeten Materialien eine Wiederverwertung erfahren. Des Weiteren soll durch
143 energieeffiziente Architektur, geeignete Dämmung und nachhaltige Heiztechnologien der Gesamtenergiebedarf
144 minimiert, und so die verursachten Heiz- und Stromkosten gesenkt werden.

145 Wir setzen uns für eine Förderung von Plus-Energiegebäuden ein. Dabei sollte die Energiegewinnung, zum Beispiel
146 durch Photovoltaik, durch die Bewohner*innen gemeinschaftlich organisiert werden. Dies senkt die Nebenkosten. Das
147 gilt auch für die verstärkte Nutzung von Regenwasser, mit der Ressourcen geschont und Kosten gesenkt werden können.

148 **8. Mehr Wohnraum schaffen**

149 Mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen ist ein zentrales Ziel grüner Stadtplanung. Deshalb können wir auf den
150 Neubau von Wohnhäusern nicht verzichten und müssen hierfür auch in ausreichendem Maße neue Bauflächen
151 ausweisen, soweit dies naturschutz- und klimapolitisch vertretbar ist. Die Konzeption völlig neuer Wohngebiete oder
152 sogar Stadtteile auf zuvor gewerblich genutzten Flächen kann notwendig sein, um den kontinuierlichen Zuzug nach Köln
153 aufzufangen. Dabei sind die für unsere Stadt notwendigen Frischluftschneisen zu beachten!

154 Wir müssen auch das Tempo erhöhen, indem wir Vergabe- und Planungsverfahren durch weitestgehende Digitalisierung
155 und Parallelisierung straffen, sowie die zuständigen Behörden mit ausreichend qualifiziertem Personal ausstatten. Die
156 Stadt soll zudem im Interesse einer Beschleunigung ihre Ermessensspielräume bei der Auslegung einzelner
157 Bauvorschriften nutzen. Dem bestehenden Mangel an Kapazitäten und Fachkräften in der Bauindustrie wollen wir durch
158 Fördermaßnahmen, Umschulungen und einer engen Kooperation mit IHK, JobCenter, Handwerkskammern und
159 Bauunternehmen entgegen wirken. Eine modulare Bauweise sollte bei der Planung von Bauprojekten als
160 beschleunigender und kostensenkender Faktor vermehrt berücksichtigt werden.

161 Eigentum verpflichtet, das gilt auch für ausgewiesene Wohnungsbauflächen. Untätige Grundstücksbesitzer*innen
162 müssen konsequent über Bußgelder zur zügigen Einhaltung des Bebauungsplans gezwungen werden. Als letztes Mittel
163 schließen wir auch eine Rekommunalisierung nicht aus.

164 Wir wollen zudem eine reformierte Grundsteuer, der ausschließlich der Bodenwert zugrunde liegt. Das schafft Anreize zur
165 maximalen Flächenausnutzung. Die Umlagemöglichkeit der Grundsteuer auf nicht-gewerbliche Mieten wollen wir
166 einschränken.

167 **9. Wohnungssuchende & Mieter*innen stärken**

168 Alle Menschen müssen Zugang zu bezahlbarem Wohnraum haben. Der diskriminierenden Auswahlpraxis durch manche
169 Vermietende wollen wir ein Ende bereiten und das Stellen unzulässig invasiver Fragen, wie z.B. nach der sexuellen
170 Orientierung, empfindlich sanktionieren. Hierfür soll die Stadt eine Clearingstelle einrichten. Um auch besonders schwer
171 vermittelbaren Wohnungssuchenden eine Chance zu geben, muss die Stadt Köln im Wohnungsbestand
172 Belegungsrechte aufkaufen und sich bei Neubauprojekten vertraglich zusichern lassen. Bereits obdachlosen Menschen
173 wollen wir in Köln durch bedingungslose Bereitstellung von Wohnraum ("Housing First") auf freiwilliger Basis zurück in
174 ein menschenwürdiges und selbstbestimmtes Leben verhelfen. Denn mit einem festen Wohnsitz können sie ihre anderen
175 Probleme besser angehen.

176 Eine Wohnung wird für viele auch zu einer "neuen Heimat". Deshalb brauchen wir durchsetzungsfähige und stärker
177 öffentlich geförderte Verbände zum Mieter*innenschutz. Nebenkostenabrechnungen müssen transparenter werden und
178 Kündigungen schwerer, u.a. durch längere Fristen und die Möglichkeit, den Verlust der Wohnung durch Nachzahlung
179 der offenen Mieten zu verhindern. Das Herausmobben durch vorgetäuschten Eigenbedarf und bewusst herbeigeführte
180 Verwahrlosung sollten wir mit empfindlichen Bußgeldern eindämmen.

181 Wir fordern, dass Mietende ein Vorkaufsrecht für ihre Wohnungen bekommen und dazu mit staatlichen
182 Beratungsangeboten unterstützt werden. Dabei wollen wir mit zivilgesellschaftlichen Akteuren wie dem Mietshäuser
183 Syndikat kooperieren. So halten wir auch Investor*innen fern, die nicht an einer sozialen und ökologischen
184 Stadtentwicklung interessiert sind.

185 **10. Schlussbemerkungen**

186 Nicht all diese Lösungsansätze werden in Köln entschieden. Einige wurden bereits von engagierten GRÜNEN im Rat und
187 in den Bezirksvertretungen auf den Weg gebracht und können bei einem guten Kommunalwahlergebnis 2020
188 beschleunigt werden. In NRW und im Bund braucht es dafür völlig andere Mehrheitsverhältnisse!

189 Mit diesem Positionspapier wollen wir einen Impuls für die wohnungspolitische Diskussion in unserer gesamten Partei
190 und unserer Stadt setzen. Wir laden dazu alle im Bau- und Wohnungsbereich aktiven Unternehmen, Genossenschaften
191 und Verbände zu einem konstruktiven Dialog ein!

Antragsteller*innen: Marc Kersten, Heike Havermeier, Anna Kipp, Maximilian Ruta, Pete Ruther, George Heidbrink,
Roland Schwarz, Christian Cranz, Bert Lahmann, Michael Kutzera sowie Luisa Schwab, Frank Hauser, Arndt Klocke,
Sven Lehmann und Frank Jablonski.

Antragstext so einstimmig beschlossen vom AK Soziales am 27.8.2019